

Antrag

der Abgeordneten Karl Lamers, Christian Schmidt (Fürth), Dr. Andreas Schockenhoff, Dr. Friedbert Pflüger, Hans-Dirk Bierling, Dr. Karl A. Lamers (Heidelberg) und der Fraktion der CDU/CSU

Für eine gemeinsame europäische Position in der Frage der Raketenabwehr (National Missile Defense)

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen ist weltweit gewachsen. Die Zahl der Staaten, die über atomare, chemische und biologische Sprengköpfe verfügen, steigt. Gleichzeitig konnten die Reichweiten dieser dort verfügbaren ballistischer Raketen deutlich gesteigert werden. Proliferationsberichte zeichnen ein beunruhigendes Bild möglicher Gefahren. Diese Situation hat in den Vereinigten Staaten zur Initiative für eine nationale Raketenabwehr (National Missile Defense) geführt. Die USA stellen dabei die Schwierigkeiten in Rechnung, bestimmte Regime über vertragliche Verifizierungsmaßnahmen von der Entwicklung und Weitergabe von Raketentechnologie abzuhalten.

Europa kann sich der Frage eines Schutzschirmes gegen Raketen, die potenziell auch unser Territorium bedrohen, nicht entziehen. Die damit verbundene Diskussion ist von zentraler Bedeutung für die europäische und die globale Sicherheit sowie für den Zusammenhalt der Atlantischen Allianz. Sie betrifft die kooperativen Sicherheitsstrukturen und das bestehende Abrüstungs-, Rüstungskontroll- und Nichtverbreitungsvertragswerk. Insbesondere berührt sie den ABM-Vertrag von 1972.

Deutschland hat sich in der Vergangenheit erfolgreich für politische Fortschritte in der Abrüstungspolitik eingesetzt und dabei insbesondere das Ziel einer einheitlichen europäischen Position im Rahmen der Gemeinsame Außen und Sicherheitspolitik (GASP) vorangebracht. Bislang hat die Bundesregierung zu dem amerikanischen Projekt der National Missile Defense eine umfassende Stellungnahme vermissen lassen. Sie verspielt damit die Chance, den Meinungsprozess in der Atlantischen Allianz mitzugestalten, riskiert die Preisgabe des abrüstungspolitischen Konsenses in der Europäischen Union und gefährdet den Zusammenhalt in der Atlantischen Allianz.

Vor diesem Hintergrund fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auf,

1. die Debatte über eine Raketenabwehr schnellstmöglich durch eine eigene Position auf der Basis einer umfassenden Bedrohungsanalyse im Einklang mit den bisherigen abrüstungspolitischen Grundsätzen der deutschen Außenpolitik zu beeinflussen;
2. auf eine einheitliche europäische Position hinzuwirken, schon um zu vermeiden, dass eine die Sicherheit und Verteidigungsstrategie der Europäer betreffende grundlegende Frage ohne europäische Beteiligung entschieden wird – Ziel muss es sein, eine gemeinsame europäische Strategie in der Frage der Raketenabwehr zu entwickeln;
3. sich im Atlantischen Bündnis an den Überlegungen für ein begrenztes Raketenabwehrsystem mit der Maßgabe zu beteiligen, dass sich in der NATO keine Zonen unterschiedlicher Sicherheit entwickeln und im Resultat das strategische Gleichgewicht zwischen Vereinigten Staaten und Russland nicht gefährdet wird. Deshalb muss im Dialog mit Russland nachdrücklich darauf hingewiesen werden, dass eine begrenzte Raketenabwehrfähigkeit sich nicht gegen russische Kräfte wendet und ein kooperatives Herangehen an diese Frage mit bleibendem Nutzen für die globale Sicherheit verbunden ist;
4. mit Blick auf die Krise des nuklearen Nichtverbreitungsregimes die Ansammlung von Massenvernichtungswaffen und die beschleunigte Verbreitung von Trägertechnologien konsequent ihre internationalen Abrüstungsbemühungen fortzusetzen und die Mechanismen der vertraglichen Rüstungskontrolle weiterzuentwickeln, darunter den ABM-Vertrag von 1972 als einen Eckpfeiler einer unter heutigen Umständen neu zu gewichtenden strategischen Stabilitätspolitik, die das künftige Verhältnis der Allianz zu Russland und China mit einbezieht;
5. gemeinsam mit unseren Partnern einschließlich den Vereinigten Staaten und in Abstimmung mit Russland eine transatlantische Initiative zur Bekämpfung der Proliferation auf den Weg zu bringen, wobei dem Nichtverbreitungsvertrag, der Chemiewaffen-Konvention, dem Atomteststoppabkommen und den anderen Abrüstungs- und Rüstungskontrollvereinbarungen eine zentrale Bedeutung zukommt.

Berlin, den 16. Mai 2000

Karl Lamers
Christian Schmidt (Fürth)
Dr. Andreas Schockenhoff
Dr. Friedbert Pflüger
Hans-Dirk Bierling
Dr. Karl A. Lamers (Heidelberg)
Friedrich Merz, Michael Glos und Fraktion